# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 779

Der Lübecker Volksbote erscheint täglich abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, auch durch die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.80. Monatlich 60 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Vereins- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

No. 147 — Donnerstag, den 28. Juni 1906 — 13. Jahrg.


Hierzu eine Beilage.

## An alle unsere Freunde!

Kein Tag vergeht, an dem nicht die Arbeiterschaft den heftigsten Angriffen ihrer Feinde ausgesetzt ist. Wenn sie sich auch sonst untereinander immer in den Haaren liegen, so ist doch aller Hader vergessen, wenn es gilt, die verhaßte „begehrliche“ Arbeiterschaft zu bekämpfen, zu verunglimpfen und niederzuknüppeln. So hat die Arbeiterschaft in Wirklichkeit nur einen Feind, aber einen großen und noch sehr mächtigen Widersacher. Wenn sie sich gegen den behaupten will, wenn sie in dem steten Kampfe mit ihm nicht unterliegen will, wenn sie ihm sogar noch etwas abringen will, dann darf es keine Zersplitterung geben, dann müssen alle Arbeiter einig und geschlossen zusammen stehen. Keiner darf abseits stehen! Alle müssen hinein in die Organisationen, die sich die Arbeiter selbst geschaffen haben. Vor allem müssen aber die Arbeiter einer ihrer schärfsten Waffen im Kampfe gegen den allmächtigen Feind allzeit schärf erhalten. Wir meinen die Arbeiterpresse. Keiner, nicht einer einzigen Arbeiter dürfte es geben, der nicht den „Lüb. Volksbote“ liest! Er muß sie lesen, um orientiert zu sein über alles, was auf dem Welttheater vorgeht, über alles, was gegnerische Niedertracht gegen die Arbeiterschaft zu unternehmen vorhat. Die Aufgabe kann dem Arbeiter die bürgerliche Presse nicht erfüllen. Denn ihr ist der Arbeiter-Abonnent nur dazu da, um den Geschäftsgewinn zu erhöhen. Vergeblich sucht man nach einem energischen Eintreten für die Arbeiterinteressen; im Gegenteil, die bürgerliche Presse ist den Unternehmern äußerst eng „befreundet“ und darf daher gegen sie kein böses Wort sagen. Unternehmer- und Arbeiterinteressen lassen sich aber miteinander nicht in Einklang bringen. Die bürgerliche Presse ist also in Wahrheit den Arbeitern feindlich, wenn sie auch auch noch so sehr unter glatten Worten zu verbergen sucht. Nur die Arbeiterpresse kann Arbeiterinteressen vertreten! Ein andres gibt es nicht! Groß aber ist immer noch die Zahl der Arbeiter, die ihrer Presse ihre Unterstützung vorenthalten. Das darf nicht sein! Der Einfluß der Arbeiterpresse ist um so mächtiger, je größer die Zahl ihrer Leser ist. Er wird zu einer unbezwingbaren Macht, wenn alle Arbeiter sich in den Leserkreis einreihen. Daran muß jeder unsrer Genossen, jeder unsrer Freunde, jeder Arbeiter selbst mitwirken. Darum richten wir an alle die Bitte:

**Werdet und werbet Abonnenten auf die Arbeiterpresse,**

**auf den „Lübecker Volksbote“.**

## Die lübeckische Gewerbeinspektion im Jahre 1905.

II.

P. L. Der Bericht des Gewerbeinspektors enthält über die Zu- und Abnahme der beschäftigten Arbeiter Angaben, aus denen hervorgeht, daß in den meisten Industriegruppen eine Zunahme der Arbeiterzahl zu verzeichnen ist. Am Schlusse des Jahres 1904 waren 4733 erwachsene, 283 jugendliche Arbeiter, sowie 1152 erwachsene und 22 jugendliche Arbeiterinnen, zusammen 6190, beschäftigt. Am 1. Januar 1906 betrug die Zahl 5363 erwachsene und 239 jugendliche Arbeiter, sowie 1301 erwachsene und 32 jugendliche Arbeiterinnen, zusammen 6935. Die Zunahme der Gesamtzahl aller Arbeitskräfte beträgt gegen das Vorjahr 12,04 pCt. Die Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahren hat eine Zunahme von 13,31 pCt. erfahren. Das prozentuale Verhältnis der erwachsenen männlichen Arbeiter zur Gesamtzahl aller Arbeiter stellt sich auf 77,33 pCt. gegen 76,46 pCt. im Vorjahre. Hier ist also eine — allerdings nur sehr geringfügige — Besserung eingetreten.

Bezüglich der üblichen Arbeitszeit sind nach dem Bericht wesentliche Aenderungen nicht eingetreten. Die zehnstündige Arbeitszeit war vorherrschend, und einige Betriebe, die im Vorjahr wegen Arbeitsmangel eine Verkürzung der Arbeitszeit hatten eintreten lassen, sind wieder zum Zehnstundentag zurückgekehrt. Dann heißt es weiter: Entsprechend der günstigeren Geschäftslage mehrt sich auch wieder die Zahl der gewerblichen Anlagen, die mit Ueberstunden arbeiten. Der Bericht enthält sich hierzu jeden Kommentars. Unserer Meinung nach ist es jedoch ein Mißstand, wenn Arbeiter gewissermaßen gezwungen werden, ihre Arbeitszeit durch Ueberstunden zu verlängern, während das Arbeitslosenheer, die sogenannte industrielle Reservearmee, vergebens auf Beschäftigung wartet. Es ist gewiß nur zu begrüßen, wenn sich die allgemeine Geschäftslage hebt und dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen wird; zum Nachteil für die Arbeiter wird es jedoch stets wirken, wenn durch Arbeitszeitverlängerung zwar ein höherer Lohn — mit dem die Unternehmer meist hernach noch prahlen — dafür aber eine Verkürzung der unbedingt notwendigen Muße- und Erholungszeit eintritt. Dauernde Ueberarbeit ist ein Krebsschaden, für dessen Beseitigung die organisierten Arbeiter im ureigensten Interesse kämpfen müssen, denn durch dieselbe wird jede Arbeitszeitverkürzung illusorisch.

Anträge um Bewilligung von Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit sind zahlreicher als bisher eingelaufen. Dieselben waren begründet: mit Erledigung dringender Arbeiten, welche infolge eines Streiks im Rückstande waren, bei denen die Entwertung der Waren einen unverhältnismäßig großen Schaden herbeiführen konnte, ferner mit der rechtzeitigen Herstellung von Einrichtungen für einen in See gehenden Dampfer, sowie von Ausfuhrlieferungen, bei denen es auf den Anschluß an die Transportgelegenheit ankam, endlich mit der Notwendigkeit, Lieferfristen einzuhalten, um hohe Verzugsstrafen zu vermeiden. 12 Ausnahmebewilligungen wurden erteilt. Bei dem großen Entgegenkommen, das — nach eigenen Angaben der Meister — von den Behörden den Unternehmern bei Streiks oder Arbeiteraussperrungen stets gezeigt wird, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß das mit Erledigung von Streikarbeiten begründete Gesuch um Ausnahme vom Verbot der Sonntagsarbeiten wohlwollende Berücksichtigung gefunden hat. Wenn dem so ist, so müssen wir unser lebhaftes Bedauern darüber aussprechen. Leute, die den Forderungen ihrer Arbeiter gegenüber kein Entgegenkommen zeigen, verdienen wohl am letzten Dispens von Bestimmungen, die doch wenigstens angeblich zum Schutz der Arbeiter erlassen worden sind. Es mag ja vereinzelt Fälle geben, wo für die Sonntagsarbeit eine gewisse Notwendigkeit vorliegt; man sollte jedoch die näheren Umstände auf das Sorgfältigste prüfen, bevor man die Ausnahmeerlaubnis erteilt.

Ueber die Lohnzahlungen gibt der Bericht an, daß dieselben in der Mehrzahl wöchentlich, und zwar am Schlusse der Arbeitszeit, am Sonnabende, stattfanden. Seit Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses ist in einigen Betrieben mit Rücksicht auf den Sonnabendmarkttag, der Freitag als Zahltag festgesetzt worden. Diese Maßnahme ist von den Arbeitern als zweckmäßig anerkannt, meint der Fabrikinspektor. Auch wir halten sie für praktisch und möchten nur wünschen, daß die Lohnzahlung an Freitagabenden mehr verallgemeinert wird.

Über Kündigung und Kontraktbruch weiß der Bericht nichts weiter zu sagen, als daß in den meisten Betrieben der gegenseitige Ausschluß jeglicher Kündigungsfrist bevorzugt wird; vereinzelt bestehen 14tägige, 8tägige und 3tägige Kündigungsfristen. Beschwerden über Nichtinnehaltung von Kündigungsfristen kommen nur ganz vereinzelt vor.

Hinsichtlich der Tätigkeit der Arbeiterausschüsse ist nichts bemerkenswertes zu berichten. Meist erstreckte sich ihre Tätigkeit auf die Mitwirkung bei Feststellung der Höhe des zu gewährenden Betrages der Krankenunterstützungen. Die großen Fragen, welche die Arbeiter beschäftigen, kommen eben in den Organisationen derselben zum Austrag, während die sogenannten Arbeiterausschüsse vielfach nur ein ziemlich wertloses Dekorationsstück bilden.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Die Kolonialmißwirtschaft** findet im konservativen „Reichsboten“ folgende Beurteilung: „Das Uebel scheint in den höheren Regionen zu sitzen. . . . . Die heillosen Zustände im Kolonialamt sind geeignet, allen Gutgesinnten die Freude an der Kolonialpolitik zu verderben; denn wenn im Kolonialamt solche Zustände herrschen, was soll man da erst in den Kolonien erwarten, zumal wenn man im Kolonialamt sich bemüht, die Mißstände in den Kolonien zu verhüllen und zu verheimlichen und dann doch wieder durch einzelne Veröffentlichungen grelle Schlaglichter darauf fallen läßt. Was ist da schon alles bekannt geworden von dem Gebaren der Händler in Südwestafrika, dem häßlichen Fall Arenberg und den widerwärtigen Vorkommnissen in Kamerun! Wenn im Kolonialamt ein klarer, sittlich ernster Wille herrschte, so dürften solche Fälle nicht monatelang die Oeffentlichkeit beschäftigen, sondern müßten rasch und klar entschieden werden, statt daß sie, wie der peinliche Fall Puttkamer, lange hin- und hergezerrt werden, so daß schließlich die ernsten und ehrlichen Kolonialfreunde sich sagen, wenn die Regierung diese Kolonialsache nicht anders behandeln will oder kann, dann mag der Kuckuck oder die Engländer die Kolonien holen, denn dann wird für uns doch nichts daraus, als daß sie uns ungezählte Millionen kosten, die wir in der Heimat besser anwenden könnten. Weil wir ernste Freunde der Kolonialpolitik sind, so verlangen wir, daß die Regierung dafür sorgt, daß diese Wirtschaft aufhört und die Verwaltung vom Kolonialamt so geführt wird, daß die Entwicklung der Kolonien in gesunde Bahnen geleitet werde. Die elende Weiber- und Günstlingswirtschaft, die so viel Unheil anstiftet, weil sie die Gewissen stumpf macht, muß vor allem aufhören.“ Wir empfehlen diese Auslassungen sämtlichen Reichstagswählern zur eingehenden Beachtung. Zweifellos werden sie daraus die Lehre ziehen, daß sie bei den Reichstagswahlen nur einem ausgesprochenen Gegner der Kolonialpolitik ihre Stimme geben dürfen. Als solche aber kommen lediglich die Sozialdemokraten in Betracht.

**Ein fachkundiges Urteil über die Fahrkartensteuer.** Ueber die finanzielle Wirkung der Fahrkartensteuer bringt die „Zeitung des Ver. D. Eisenb.-Verw.“ einen von fachkundiger Seite verfaßten Aufsatz, in welchem an der Hand der Statistik Oesterreichs und Dänemarks zahlenmäßig nachgewiesen wird, daß die Steuer im Deutschen Reiche einen erheblich geringeren Ertrag liefern wird, als man nach dem Umfange der jetzt ausgegebenen, künftig steuerpflichtigen Fahrkarten berechnet hat. In Oesterreich und Dänemark, welche diese Steuer längst erheben, hat man keine vierte Wagenklasse. Und so steht bei uns zu besorgen, daß das zu erwartende Abströmen des Verkehrs in die unteren bezw. unterste (steuerfreie) Wagenklasse zu ausgedehnten Ausfällen an Personengeldeinnahmen führen werde. „Es bleibt deshalb“, so schließt der Artikel, „die Besorgnis bestehen, daß, was der Reichsfiskus an Eisenbahnfahrkartensteuer auf der einen Seite gewinnt, die deutschen Eisenbahnen auf der anderen Seite leider zu einem großen Teile an Personengeldeinnahmen einzubüßen haben werden.“ — Es könnte den „Steuerkünstlern“ garnichts schaden, wenn ihre Berechnungen in dieser Weise durchkreuzt würden. Im Uebrigen sei bemerkt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten sowohl in der Kommission als auch im Plenum des Reichstages diese „Wirkung“ der Fahrkartensteuer vorausgesagt haben.

**Die Soldatenquälereien** mehren sich. Vom Ende März bis Ende Juni 1906 wurde die gerichtliche Bestrafung von 52 Soldatenquälern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 8 Jahre 8 Monate 3 Tage Gefängnis, 4 Monate 22 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 9 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 29 Tage Stubenarrest, 7 Degradationen. Der Freiheitsentzug beträgt im ganzen 9 Jahre 4 Monate 3 Tage. Auf Preußen treffen: 5 Jahre 11 Monate 3 Tage Gefängnis, 3 Monate mittlerer Arrest, 9 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 29 Tage Stubenarrest, 5 Degradationen (37 Soldatenmißhandler); auf Sachsen 2 Jahre 9 Monate Gefängnis, 1 Monat 22 Tage mittlerer, 1 Monat gelinder Arrest, 2 Degradationen (15 Soldatenmißhandler). In diesem Vierteljahre mußten zwei preußische Hauptleute wegen Soldatenmißhandlung gerichtlich bestraft werden. Leider wurden ihre Namen nicht genannt. Der eine gehört dem Lauenburgischen Jägerbataillon an und erhielt 17 Tage Stubenarrest; den anderen zu besitzen hat das preußische Grenadierregiment Nr. 12 das Glück. Ihm wurden 42 Tage Stubenarrest diktiert. Wenn sogar Hauptleute mißhandeln, so schweigen alle Flöten. Würden die Herren Kriegsminister die Soldatenschindereien mit Energie bekämpfen, so würden die Herren Hauptleute Mißhandlungen hübsch bleiben lassen, denn sie wüßten dann, daß ihnen Soldatenquälereien unnachsichtlich die Verabschiedung eintrügen. Im ersten Halbjahr 1906 wurde die gerichtliche Bestrafung von 91 Soldatenquälern bekannt, die einen Freiheitsentzug von 19 Jahren 6 Monaten und 17 Tagen erlitten. — Besonders auffallend ist das Ueberhandnehmen des „Schäftens“ der jungen Mannschaften durch die alten. Auch hier fehlt es anscheinend den Kriegsministerien an Energie. Gerade in diesen Fällen hätten sie ein durchgreifendes Mittel, nämlich die Versetzung in eine Arbeiterabteilung, in der Hand. Sie brauchten nur an die kommandierenden Generäle die Anweisung ergehen zu lassen, daß Mannschaften, die sich am „Schäften“ beteiligt haben, in eine Arbeiterabteilung zu versetzen sind. Zu hart wäre die Maßregel gewiß nicht, denn es ist nichts Feigeres und Roheres denkbar, als diese Ueberfälle auf einen Wehrlosen.

**Eine neue Flottenvorlage** wird von der „Schles. Ztg.“ bereits für den nächsten Herbst in Aussicht gestellt. Das konservative Blatt läßt sich melden, daß der Rücktritt des Herrn v. Tirpitz in unterrichteten politischen Kreisen als sicher betrachtet wird, nicht nur wegen seines Gesundheitszustandes, sondern mit Rücksicht darauf, daß im nächsten Herbst eine Erweiterung des vor kurzem vom Reichstage angenommenen letzten Flottengesetzes im Reichstage eingebracht werden soll. Die Meldung klingt nicht allzu unwahrscheinlich. Daß man nicht nur in den Kreisen der Flottentreiber, sondern auch an maßgebender Stelle mit Tirpitz' Leistungen nicht zufrieden war, bewies ja die auffällige Nichtdekorierung des Vaters der letzten Flottennovelle. Und wenn man für die Verbreiterung

des Nordostseekanals ja doch einmal 200 Millionen fordern sollte, so käme es auf eine kleine Mehrforderung von ein paar hundert Millionen ja nicht an!

**Ein schwarzes Register.** Unsere bisherigen Gesamtverluste an Menschen in dem jetzt zwei und ein halbes Jahr dauernden aussichtslosen südafrikanischen Kolonialkriege betragen nach einer amtlichen Zusammenstellung einschließlich der ermordeten Zivilbevölkerung **2342 Seelen.** Die militärischen Verluste vom Beginn des Bondelzwartsaufstandes (Dezember 1903) bis jetzt belaufen sich auf 2120 Mann. — Davon sind tot 1322, verwundet 798 Mann. Krank heimgeschickt wurden etwa bisher 1000 Mann, eben so viel liegen krank in den Lazaretten Südafrikas! Diese Zahl hat sich in den letzten Wochen sehr vermehrt. Es ist etwas viel, wenn der fünfzehnte Teil einer Feldtruppe erkrankt ist. Der Grund hierfür sind schlechte Verpflegung infolge der unzulänglichen Verkehrsverbindungen, Wassermangel und Ueberanstrengung. Wegen der schlechten Verbindungen mit dem Süden der Kolonie konnten Mannschaften, die schon mehr als zwei Jahre im Felde stehen, nicht bei Ablauf ihrer Dienstzeit abgelöst werden. — Der Gefechtsverlust der Truppe beläuft sich auf 1356 Mann (Tote 591, Verwundete 765), davon 133 Offiziere. Vor dem Feinde gefallen sind an Offizieren, Sanitätsoffizieren und höheren Beamten 63, an Unteroffizieren 102, an Mannschaften 426. Verwundet wurden Offiziere, höhere Beamte 2c. 88, Unteroffiziere 148, Mannschaften 529.

**Wirkungen der „Handelsverträge".** Den Lobrednern der neuen Handelsverträge kann eine Stelle im Jahresbericht des Bergbaulichen Vereins zu denken geben, zumal dieser Verein ganz und gar nicht als Gegner der Regierungspolitik gelten kann. Es heißt da wie folgt:

„Die Befürchtungen, die an die vielfachen mit der Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse verbundenen Zollerhöhungen in den ausländischen Tarifen geknüpft worden sind, haben sich leider schon in einem gewissen Umfange durch teilweise Auswanderung deutscher Industrien als begründet erwiesen. Es wird der Aufwendung der ganzen Intelligenz und Energie unserer Industrie- und Handelskreise bedürfen, um die Schädigungen von unserer Volkswirtschaft fernzuhalten, von denen sie sich durch die Zurücksetzung bedroht sieht, welche bei dem Abschluß der Handelsverträge die gewerblichen Interessen vor den landwirtschaftlichen Interessen erfahren haben."

Das mögen sich jene gesagt sein lassen, die heute bereits die Befürchtungen von den Wirkungen der neuen Verträge als gegenstandslos bezeichnen möchten. — Eine weitere Wirkung der agrarischen Zollerhöhungen ist das Hinaufgehen der Güterpreise. Der „Deutschen Volksw. Korresp." wird aus Kreisen, die der Landwirtschaft recht nahestehen, übereinstimmend berichtet, daß die Preise für land- und forstwirtschaftlich benutzte Gutskomplexe in der letzten Zeit eine entscheidende Steigerung aufweisen. Die genannte hochschutzzöllnerische Korrespondenz muß zugeben, „daß der neue Zolltarif mit seinen Begünstigungen für die Landwirtschaft nach wie vor die Hoffnung auf ein Steigen der Bodenrente wach erhält." Diese Entwicklung ist vollkommen selbstverständlich und natürlich. Die Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Grundstücke folgt der Zollerhöhung wie die Trän' auf die Zwiebel. Und neue Besitzer, die zu dem erhöhten Preise kaufen, und neue Pächter befinden sich wieder in derselben Situation wie ihre Vorgänger vor der Zollerhöhung, und sie werden dann aufs neue mit dem Hinweise auf ihre Notlage das Anziehen der Zollschraube fordern.

**Throtha** hat Sonntag in Berlin von jetzigen und ehemaligen Offizieren der Schutztruppe Abschied genommen. Der Kolonialprinz von Hohenlohe pries die „ehrenvollen" Taten des Generalleutnants Trotha. — Der Kolonialprinz von Hohenlohe-Langenburg sollte, nach den Illusionen bürgerlicher Blätter, die „neue koloniale Aera" einleiten. Und dieser neue Mann feiert die „ehrenvollen Taten" jenes verflossenen südwestafrikanischen Oberkommandierenden, dessen Ausrottungsstrategie und verrufenen Erlasse selbst in der Kolonialpresse sittliche Entrüstung hervorgerufen hatten!

**Endlich ein Erfolg in Südwestafrika!** Zu der Zeit, wo die Verhältnisse unter den in Südwestafrika stehenden Truppen das peinlichste Aufsehen erregen, wird eine Bekanntmachung des Gouverneurs von Lindequist bekannt, die — zum heiteren Lachen reizen muß. So verkündet der Gouverneur: „Herr Landrat v. Uslar wird in der nächsten Zeit eine Rundreise durch das Land antreten, um mit der Wünschelrute das Vorhandensein von Quellwasser festzustellen. Alle diejenigen, welche Aufsuchungen von Quellen wünschen, insbesondere die Farmer des Landes werden daher aufgefordert, ihre dahingehenden Wünsche baldmöglichst dem Bezirks- oder Distriktsamt desjenigen Orts anzuzeigen, an dem sie Wasser festgestellt haben möchten. Zu spät eingehende Wünsche werden nur schwer Berücksichtigung finden können. Die Reise des Herrn v. Uslar wird im Norden des Landes beginnen." Der Reichs-Wünschelrutenmann muß also wohl schon große Erfolge gehabt haben. In der Tat stellte er nach einer Mitteilung der „Windhuker Nachrichten" in Brakwater, Otjihadama und bei Kilometer 328 auf durchschnittlich 20 Meter Tiefe je eine Quelle fest. Die Stellen wurden sofort vermarkt. Zwar Wasser noch nicht gefunden, aber das macht nichts. Die Stellen, wo es nach der Wünschelrute des Herrn v. Uslar gefunden werden könnte, sind ja vermarkt, und das genügt. Steht doch von unsern Kolonien alles angebliche Gute nur auf dem Papier, gerade wie die Wasserstellen. Nimmt sich zur Tragödie des erbarmungslosen dreijährigen Krieges in Südwestafrika die Wünschelrutenkurve des Wassersuchers nicht wie das Satyrspiel aus? Wirklich, neben Flinte, Bibel und Schnapsflasche gehört nun auch die Wünschelrute zu den amtlichen Kulturinstrumenten.

**Wie Jesko seine Richter instruierte.** Ueber das Verhältnis, das in unserem tropischen Buttlamerun zwischen Gouverneur, Richtern und Missionaren bestand, gibt folgender allerliebste Ukas unseres, zu 12000 Mk. Ruhegehalt disziplinierten Jesko interessanten Aufschluß:

„Nach meiner Erfahrung kann Zeugenaussagen von Schwarzen irgend ein Gewicht nicht beigemessen werden. Bei Aussagen von Missionaren ist es wichtig, ihren Bildungsgrad nicht unberücksichtigt zu lassen; manche von ihnen sind in ihrer Heimat Kuhjungen gewesen. Aussagen von Pflanzern und ihren Beamten sind im allgemeinen vertrauenswürdig. Sie haben eine gute kaufmännische und oft sogar eine akademische Bildung, sind auch oft Offiziere gewesen. Man beachte demgemäß, wenn die Aussagen von Pflanzern und Missionaren sich gegenüberstehen, der Aussagen der letzteren nicht grundsätzlich für wertvoller zu halten."

Nach den „Berl. Neuest. Nachr." haben sich die Kameruner Missionare über diese Kundgebung beim Kolonialamt beschwert. Was man ihnen geantwortet hat, wird nicht mitgeteilt.

**4 Tote** weiß die neueste afrikanische Verlustliste auf.

## Rußland.

**Aus der Duma.** Die auf der Tagesordnung stehende Interpellation betreffend die Unterdrückung der Presse rief eine lange Debatte hervor. Eine große Zahl von Rednern richten mit heftigen Worten Angriffe gegen die Regierung. Gamartelli (Kaukasus) spricht seine Genugtuung über die Bewegung aus, die sich in der Armee geltend mache. Fiodorowsky weist dies zurück; sonst würde Rußland eine ganze Reihe von Revolutionen zu überstehen haben. — Eine sozialdemokratische Fraktion ist Zeitungsnachrichten zufolge in der Duma nunmehr gebildet worden, an deren Spitze die Abgeordneten aus dem Kaukasus stehen. Die Fraktion zählt bis jetzt 35 Mitglieder.

**Wjera Sassulitsch getötet?** Die Zeitung „Duma" verzeichnet das Gerücht, daß Wjera Sassulitsch in Yalta bei einer Manifestation getötet worden sein soll.

**Ein menterndes Leibregiment.** Am russischen Hofe und im Kriegsministerium herrscht hochgradige Bestürzung. Aus Petersburg wird gemeldet: Sonnabend ging dem Leibgarde-Preobraschensky-Regiment, in dessen Reihen der Zar gedient hat, der Befehl zu, nach dem Zapfenstreich nach Peterhof abzumarschieren und die Bewachung des Hofes zu verstärken. Als nach dem Zapfenstreich der Befehl zum Abmarsch erfolgte, erklärte das ganze Regiment, daß es unter keinen Umständen nach Peterhof marschieren werde. Des Kommandeurs Gadon und aller Offiziere bemächtigte sich bei dieser Gehorsamsverweigerung große Aufregung. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch wurde schleunigst benachrichtigt, er traf kurz darauf ein und befragte die Soldaten, warum sie den Gehorsam verweigerten. Er erhielt in allen Bataillonen die gleichlautende Antwort, daß das Regiment beschlossen habe, nicht nach Peterhof zu gehen, weil es genau wisse, daß es dazu bestimmt sei, die Duma auseinanderzutreiben und hierauf unter keiner Bedingung eingehen werde. Schließlich marschierte das Regiment Sonntag nachmittag nach Peterhof ab, nachdem es das feste Versprechen erhalten hatte, nur für den Sicherheitsdienst des Zaren verwandt zu werden. Im Hinblick auf die Wichtigkeit des ganzen Vorfalles sind alle Maßregeln getroffen worden, um die Sache zu vertuschen. Und daher wird das offiziöse Dementi nicht ausbleiben. Wenn das „vornehmste" und „treueste" Regiment sich weigert, der Reaktion Scherzendienste zu leisten, wie mag es erst bei den Truppen in den russischen Provinzen aussehen!

**Die Anschauung der Revolutionäre** gibt der Petersburger Korrespondent der „Voss. Ztg.", nachdem er verschiedene Personen aus den revolutionären Kreisen gesprochen hat, in folgenden Zeilen wieder: Alle sind überzeugt, daß die Regierung noch im Laufe des Jahres 1906 republikanisch sein wird. In bezug auf die Haltung der Armee bestehen dennoch Zweifel. Die Auffassung eines der bedeutendsten, kaltblütigsten Revolutionäre ist wie folgt: „Die Armee ist revolutioniert, darf aber heute noch nicht als Bundesgenosse der Revolution betrachtet werden, da die Disziplin zu straff ist. Erst in drei bis vier Monaten wird die Armee der Revolution gehören, weil sie durch ihre Tätigkeit auf Strafexpeditionen automatisch revolutioniert wird. Einzelne Truppenkörper dürfen höchstens vier Wochen zur Beruhigung irgend eines Gebietes verwendet werden, wenn länger, dann sind bereits enge Beziehungen zwischen ihnen und den Revolutionären geknüpft. Die Folge jeder Strafexpedition ist ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen Dutzende Teilnehmer der Expedition wegen Meuterei. Bei den Gardereitern dienen viele Letten. Sobald die Revolution einen bedeutenderen Erfolg verzeichnet, wird das Regiment unser. Das Gleiche gilt von der Maschinengewehr-Abteilung, bei der viele Südrussen stehen. Gegenwärtig dürfen wir mit der Armee noch nicht rechnen. Zum Siege der Republikaner haben erst Witte und jetzt die Kadetten geführt, beide wegen ihrer Unaufrichtigkeit. Sie schafften uns die notwendige dumpfe Atmosphäre. Ein Kadettenministerium ohne republikanischen Kern wäre jetzt ebenso unhaltbar wie das bureaukratische. Es ist schon heute im vorhinein im Volke diskreditiert. Wenn die Kadetten eine bürgerliche Regierung haben wollten, so hätten sie nach der Dumaeröffnung, selbst unter großen Zugeständnissen mit der Regierung gehen müssen. Die Kadetten haben kein gewerbliches Bürgertum und hängen von der Gnade der Sozialisten ab, die von der Presse und dem Proletariat getragen werden. Ob die Duma zusammenbleibt, aufgelöst wird oder in die Ferien geht, ist für die Entwicklung der Revolution gleichgültig. Die Bauern hören auf die Arbeitsgruppe. Jede Vertagung wird von ihnen als Ablehnung ihres Verlangens nach Landzuteilung aufgefaßt werden. Die Auflösung muß früher oder später kommen. Was also die Regierung jetzt immer unternehmen wollte, seien es Zugeständnisse an die Kadetten oder Unterdrückungsmaßregeln, das eine wie das andere würde zur Stärkung der Revolution dienen. Eine gewaltsame Auflösung der Duma würde die politisch ungeschulte Gesellschaft und das Ausland erregen, durch Gewährenlassen aber wird unsere Organisation vertieft. Eine Diktatur kann wegen der geschilderten Stimmung der Armee nur für kurze Zeit einen Sieg der Reaktion bringen. Die neue revolutionäre Verwaltung der Provinz ist in der Mehrzahl der Gouvernements fertig organisiert. Sie hat Anlehnung an die Semstwos und Stadtverwaltungen, steht auf demokratischer Grundlage, unter besonderer Mitwirkung des dritten Elements, das sind Dorflehrer, Schreiber, Aerzte, Statistiker, Anwälte bei der Selbstverwaltung. Die Einführung der neuen Verwaltung kann ein Vierteljahr dauern. An einen Zerfall Rußlands glaube ich nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Polens Industrie machte ohne Rußlands Hinterland zu grunde gehen, der Kaukasus ohne Rußlands Schutz wäre der Türkei ausgeliefert. Als Faktor der Weltpolitik würde Rußland für ein Menschenalter ausscheiden, wenn Deutschland sich nicht einmischt. Solche Einmischung könnte die Revolution allerdings zum Stillstand bringen. Die Beibehaltung der Monarchie ist ausgeschlossen, es sei denn in der Form wie in England. Die Folgen einer solchen Entwicklung für das Haus Romanow gehen uns nichts an. Noch viele Wochen werden allerorten kleinere, scheinbar zusammenhangslose Unruhen dauern. Sie dienen lediglich zur Demoralisierung des Heeres. Die Generalschlacht wird vor Mitte August geschlagen, wo, wissen wir selbst noch nicht."

## Italien.

**„Gnade" statt Recht?** Der Abgeordneten-Ausschuß, der mit der Prüfung der Frage beauftragt sind, ob der sozialistische Abgeordnete Ferri zu verhaften sei, hat seinen Bericht eingereicht und die Verhaftung beschlossen! Der Ausschuß empfiehlt aber gleichzeitig die Einreichung eines Gnadengesuches an den König. Es handelt sich um die Verurteilung Ferris zu 14 Monaten Gefängnis wegen Aufdeckung des ungeheuerlichen Terni-Schwindels. — Und da wollen die Herren Kollegen vom Ausschuß beim Könige um „Gnade" für Ferri betteln!

# Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch den 27 Juni.

## Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

**Die Sperre** ist seitens des Transportarbeiterverbandes über die Fuhrbetriebe von H. Wigger, Lachswehr-Allee 5 und E. Ewers, Lachswehr-Allee 10, verhängt worden. Kein Kutscher darf dort in Arbeit treten.

## Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

## Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

**Achtung, Flußschiffer!** Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

z. **Buchbinder-Versammlung.** Am 23. ds. Mts. fand im „Vereinshaus" eine öffentliche Buchbinderversammlung statt, die sich mit der Frage des Tarifbruches in Berlin, Leipzig und Stuttgart befaßte. Als Referent war der Gauvorsitzende Kollege Schlegel-Hamburg erschienen. Redner ging auf die großen Bewegungen der letzten Jahre ein und schilderte zum Teil auch deren unglücklichen Verlauf. Die Maifeier sollte ja das angebliche Schmerzenskind der Aussperrung sein. Da aber der 1. Mai in den größeren Städten fast immer nach Uebereinkunft mit den einzelnen Firmen gefeiert wurde, so kann dieses absolut nicht der Grund sein, sondern die Macht einiger Oberprotzen war es, die beabsichtigten, in der ungünstigen Zeit ihren Aussperrungsgelüsten zu fröhnen, unsere Kasse zu sprengen und unsere Organisation zu schwächen. Aber die Herren dürften die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, denn unsere Organisation wird gestärkt aus diesem Kampfe hervorgehen und bei geeigneter Zeit diese Scharte wieder auswetzen. Redner wies dann auf die enorme Steigerung sämtlicher Lebensmittel hin, welche durch die Zölle hervorgerufen worden sei; somit sei eine Tarifrevision wohl nicht unberechtigt. Mögen die Arbeiter vom Unternehmertum insofern lernen, daß sie sich organisieren, um ihre Macht solchen Gewaltmaßregeln gegenüberstellen zu können. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 23. Juni im „Vereinshaus" tagende öffentliche Versammlung der Buchbinder und derer verwandten Berufe erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie verspricht der Aussperrungswut des Arbeitgeberverbandes dadurch zu steuern, daß sie den ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen der drei Tarifstädte ihre volle Sympathie beweist und die moralische und finanzielle Unterstützung in weitgehendster Form eintreten lassen will." Beschlossen wurde, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 1 Mark und für weibliche auf 30 Pfg. festzusetzen. In der Diskussion hoben einige Redner hervor, daß der Vortrag eigentlich an Schärfe zu wünschen übrig gelassen habe, was von andern jedoch entschieden bestritten wurde.

**Schöffengericht.** Wegen Körperverletzung und Bedrohung hatte sich gestern der Brauer R. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Derselbe soll in der Lückschen Brauerei seinen Arbeitskollegen W. durch heftige Faustschläge mißhandelt haben, weil letzterer dem Angeklagten vorwarf, er habe sich von ihm, W., durchschleppen lassen. Weiter hat R. dem W. gedroht, er wolle ihn totschlagen. Der Angeklagte gab die Straftaten zu, entschuldigte sich aber mit großer Trunkenheit. W. ist infolge der Schläge längere Zeit besinnungslos gewesen und hat stark geblutet, er hat 8 Tage an den Folgen gelitten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 10 Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu insgesamt 1 Monat Gefängnis; 1 Woche wurde auf die Untersuchungshaft angerechnet.

**Stapellauf.** Am Dienstag den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, wurde auf der Koch'schen Schiffswerft ein, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen in Auftrag gegebener Doppelschrauben-Fracht- und Passagierdampfer, Baunummer 169, vom Stapel gelassen. Das Schiff, welches den Namen „Ranee" erhielt, hat eine größte Länge von 180', eine Breite von 32' und eine Seitentiefe bis Hauptdeck von 12'. Die Tragfähigkeit des Dampfers beträgt bei einem mittleren Tiefgang von 9' 6" 400 Tons. Zwei Dreifach-Expansions-Schraubenschiffsmaschinen von zusammen 700 Pferdestärken werden dem „Ranee" eine Geschwindigkeit von mindestens 10½ Knoten pro Stunde geben.

**Hille Bobbe.** Man schreibt uns: Am Freitag den 29. Juni geht im Wilhelmtheater zum ersten Male „Hille Bobbe", die satirische Komödie Adolf Pauls in Szene. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß das neue Werk des in Lübeck nicht unbekannten Dichters am d. 10. April J.

in Berlin seine Premiere erlebte und einen so glänzenden Erfolg errang, daß es seit jenem Tage ununterbrochen das Repertoir beherrscht und das „Kleine Theater" Unter den Linden allabendlich bis auf den letzten Platz füllt. Adolf Paul hat sein altes Feld der heroischen Schauspiele verlassen und sich urplötzlich in einem ganz anderen Lichte gezeigt. „Den wirklichen geheimen Aposteln der öffentlichen Sittlichkeit gewidmet" ist sein neuestes Werk und mit beißender Satire wagt er, was vor ihm kaum ein anderer gewagt. Die Komödie spielt „irgendwo jenseits von Petersburg". Mit verblüffender Naturtreue und Lebenswahrheit sind die einzelnen Figuren geschildert, die allabendlich vom Berliner Publikum mit schallenden Heiterkeitsausbrüchen begrüßt werden: Leute des höchsten Richterstandes Rußlands, die über ihre Mitmenschen zu Gericht sitzen und zufrieden lächelnd über ihre eigene Verworfenheit im Pfuhl der Sünde waten. „Hille Bobbe" ist eine kulturhistorische Studie allerersten Ranges. Am Nürnberger Stadttheater hat die sensationelle Komödie ebenfalls einen großartigen Erfolg zu verzeichnen gehabt und das Werk ist bereits von vielen Bühnen Deutschlands zur Aufführung angenommen und teilweise schon in Vorbereitung. Das originellste an der epochemachenden Novität ist jedenfalls, daß das ganze in das Gewand des übermütigsten Scherzes gekleidet ist und den Anschein erweckt, als handle es sich um eine tolle Faschingslaune oder um den Einfall Wutkitrunkener Hüter des öffentlichen Rechtes und der öffentlichen Moral.

**Ortsbriefe** sind nach dem 1. Juli für dasselbe Porto zu befördern, wie gewöhnliche Postkarten, nämlich für 5 Pfg. Das Höchstgewicht solcher Briefe beträgt 250 Gramm. Vielfach ist im Publikum die Ansicht verbreitet, daß ein mit 5 Pfg. frankierter Stadtbrief nur 20 Gramm wiegen dürfe und daß ein Mehr 10 Pfg. Porto erfordere. Dem ist aber nicht so. Demnach empfiehlt es sich, Drucksachen, die ein Gewicht von 100—250 Gramm haben, künftig im Orts- und Nachbarortsverkehr als gewöhnlichen Brief zu senden, da sie nach der Drucksachentaxe künftig gerade um das Doppelte teurer sein werden, als ein gewöhnlicher Brief. Ebenso wird man, um 5 Pfg. zu sparen, Warenproben und Geschäftspapiere vom 1. Juli ab im Orts- und Nachbarortsverkehr bis zum Gewichte von 250 Gramm nicht als solche, sondern als gewöhnlichen Brief senden. — Wir müssen wiederholt betonen, daß die Leute, welche derartige konfuse Verhältnisse geschaffen haben, Nationalliberale waren!

**Wilhelm-Theater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Donnerstag gelangt nochmals der Schwank „Eine Hochzeitsnacht" zur Aufführung. Am Freitag geht „Hille Bobbe", Komödie in 3 Akten von Adolf Paul, in Szene.

**Straßensperre.** Wegen vorzunehmender Erdarbeiten werden die obere Johannisstraße, von der Königstraße bis zur Breitestraße und die Strecke der Breitestraße von der Johannisstraße bis zum kleinen Schrangen von Mittwoch, den 27. Juni abends 11 Uhr bis Donnerstag, den 28. Juni, morgens 5 Uhr, für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

**Die Wasserwärme des Krähenteichs** betrug gestern 20½ Grad Celsius.

**Hansa-Theater.** Mit der letztmaligen Aufführung des Glanzstückes „Tünnes u. Co." ist ein Benefiz für das beliebte Direktoren-Paar Baum verbunden und verspricht auch dieser Abend ein in jeder Beziehung glänzender zu werden. Freitag, den 29. d. Mts., findet unwiderruflich die Abschieds-Vorstellung statt und zwar wird als letzes Stück die urkomische Posse „Das rote Julchen" gegeben. Das Gastspiel der Kölner war ein wirklich erfolgreiches und der Besuch zu den beiden letzten Vorstellungen wird denn auch nichts zu wünschen übrig lassen.

pb. **Zwei Ausreißer.** In verflossener Nacht wurden auf der Straße am Stadtgraben zwei Knaben im Alter von 11 und 12 Jahren angehalten, die angaben, zu Fuß vom Hamburg gekommen zu sein. Sie nannten sich Friedrich Willing, wohnhaft in Hamburg, Schumacherstraße Nr. 73 III, und Heinrich Schröder, wohnhaft in Hamburg, Ortrudstraße 39. Beide Knaben wurden in Schutzhaft genommen.

pb. **Unter falscher Flagge.** Festgenommen wurde der Steuermann eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der sich für einen Kriminalbeamten ausgab.

**Schwartau.** Die nächste Versammlung des sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag, den 28. d. Mts., abends 8½ Uhr, im Gasthof „Transvaal" statt. Pflicht aller Parteigenossen ist es in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Riendorf a. O.** Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

**Eutin.** Küstenbahn. Im „Voßhause" hier fand eine Versammlung statt zwecks Beratung über ein neues Eisenbahnprojekt, das mit der Küstenbahn wohl im Zusammenhang steht, aber von der bisher gedachten Linie doch erheblich abweicht; die Trace, wie sie in die Generalstabskarte eingezeichnet worden war, ist gedacht von Schwartau über Gr. Timmendorf, Scharbeutz, Gronenberg, Hafftrug, Sierksdorf, Wintershagen nach Neustadt. Vertreten war das Fürstentum Lübeck, Kreis Oldenburg, Neustadt, Lübeck durch Senator Possehl, Gemeinde West-Ratekau, Gemeinde Gleschendorf, Gemeinde Süsel und Gronenberg. Die Baukosten wurden auf rund 1 Million Mark veranschlagt. Die Vertreter Lübecks und Neustadts traten für das Zustandekommen mit lebhaftem Interesse ein, während der Vertreter der oldenburgischen Regierung sich ablehnend verhielt mit der Motivierung, daß das Fürstentum Lübeck bei seiner Steuerlast nicht in der Lage sei, sich für den Plan erwärmen zu können. Die Gemeindevorsteher der Gemeinden Gleschendorf und Süsel bekundeten ebenfalls, daß die Bahnlinie außerhalb der Interessensphäre ihrer Gemeinden liege. Trotz der ablehnenden Haltung des Fürstentums Lübeck erhielten die Teilnehmer an der Versammlung doch den Eindruck, daß bei dem energischen Nachdruck, den Lübeck und Neustadt auf die Realisierung des Projektes legten, sehr viel Aussicht vorhanden sei auf das Zustandekommen. Es wurde ein Komitee gewählt zur Einleitung der weiteren Schritte.

**Segeberg.** Die Lohnbewegung unter den Bauarbeitern ist nach bürgerlichen Blättern beendet. Die Meister haben den Stundenlohn von 35 auf 38 Pfg. erhöht und den Handlangern die weitere Erhöhung des Lohnes auf die geforderten 40 Pfg. vom 1. Januar 1907 an zugesagt.

e. **Segeberg** Fahnenweihe. Hierselbst fand am Sonntag, den 24. Juni 1906 die Fahnenweihe des Arbeiter-Turnvereins Segeberg statt. Ein geschlossener Zug mit Musik, Fahnen usw. zum Festplatz, Rennbahn, vom Ballokal aus war vom Bürgermeister nicht genehmigt, sondern abschlägig beschieden worden. Eine Beschwerde an den Landrat nutzte auch nichts, und so mußte dann vom Festlokale des Herrn Ernst Hildebrandt (Herberge) in ungeordnetem Zuge durch die Straßen gezogen werden, ein eigenartiges Bild. Doch genug von dieser Szene. Auf dem großen Rennplatz wird ein Zug geordnet. Trommlerkorps und Musiker vorauf, auf dem unteren Ende des Platzes stehen die Turngeräte und eine Tribüne, woselbst drei Ehrendamen mit der neuen Fahne eingehüllt warten. Der Zug setzt sich unter Wirbelschlag in Bewegung, worauf die Musik einsetzt. Hier Ansprache einer Ehrendame und Abzug des Fahnenfutterals und die kostbare Segeberger Turnfahne prangte vor den erschienenen Turnern und Turngenossen. Hierauf trugen die Arbeitersänger ein Lied vor, jedoch mit Musikbegleitung — der Text sowie Gesang kam nicht genau zu Gehör. Eine Schleife von den Turngenossen Neumünsters, sowie eine Schleife von Turngenossen Lübecks, ebenfalls einen Fahnennagel von den Turngenossen Wandsbeks und schließlich einen Fahnennagel von den Turngenossen Stockelsdorf und Umgegend, wurde je mit einer Ansprache überreicht. Schließlich sprach ein Turngenosse aus Segeberg den Dank aus für die Geschenke; die Turngenossen möchten sich mehr örtlich der Fahne anschließen, sie in Ehren halten, was der gesamten Arbeiter-Turnerschaft zum Wohle gereichen werde. Erschienen waren Turngenossen aus Wandsbek, Neumünster, Oldesloe, Schwartau, Stockelsdorf und Lübeck, sodaß gegen 150 Turner vertreten waren, darunter auch eine Damenriege aus Lübeck. Von 4 bis 6½ Uhr war Turnen auf der Rennbahn, sowie diverse Spiele. Für Erfrischung hatte der Wirt bestens gesorgt. Nach dem Rückmarsch durch die Stadt (wieder in wilder Tour) begann um ½8 Uhr der Ball, dem viele Auswärtige nicht lange beiwohnen konnten, da der Zug nicht verpaßt werden durfte! Die Segeberger Turngenossen müssen sich nach diesem bürgermeisterlichen Verbot die Mühe machen, mit sämtlichen übrigen ortsansässigen Arbeitern, namentlich den gewerkschaftlich und politisch Organisierten, zu versuchen, in das Stadtparlament Leute zu entsenden, die den heutigen tonangebenden Personen begreiflich machen, daß die steuerzahlenden Turner, Arbeiter und Kleinmeister, sowie Gewerbetreibenden ein gleiches Recht beanspruchen können, wie andere Leute. Der Handlungsgehülfenverein von 1858 hatte nämlich die Vergünstigung, in geschlossenem Zug mit Musik usw. durch Segeberg zu gehen — die Turner nicht — wenn zwei dasselbe wollen, dann ist es nicht dasselbe!

**Hamburg.** Die Unterschlagungen und Fälschungen bei der Hamburger Baudeputation beschäftigten Montag und Dienstag das Schwurgericht. Gestern wurde das Urteil gefällt. Der Gerichtshof verurteilte Rundt zu 5 Jahren Zuchthaus, 600 Mark Geldstrafe oder noch 40 Tagen Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust, Burmester zu 3 Jahren Gefängnis, 600 Mark Geldstrafe oder noch 60 Tagen Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust, Küchenmeister zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, 600 Mark Geldstrafe oder noch 60 Tagen Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust. — Auf die Strafe werden Rundt und Küchenmeister je 4 Monate, Burmester 3 Monate Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

**Hamburg.** Der des Raubmordes an seiner Tante verdächtige Möbelhändler Wilhelm Meyer aus Beßwig, der bei der Ankunft mit dem Schnelldampfer „Blücher" in Hamburg verhaftet wurde, hat bei seiner gestern im Stadthause erfolgten Vernehmung folgendes ausgesagt: Er habe seine Tante, als er von einem Ausfluge zurückkehrte, tot in ihrem Schlafzimmer gefunden. Aus Angst, des Mordes verdächtigt zu werden, habe er die Leiche erst einige Tage in der Wohnung behalten, ohne die Behörden von dem Tode der Frau in Kenntnis zu setzen. Dann habe er die Leiche in einen Koffer gepackt und sie mit Kleidungsstücken überdeckt. Den Koffer mit dem Leichnam habe er schließlich nach Frankfurt gesandt. Nach Amerika sei er nicht aus Furcht vor Strafe gereist, sondern wegen zerrütteter Geschäftsverhältnisse. Er habe beabsichtigt, den Behörden von dort aus Nachricht über den Verbleib der Leiche zu geben, sei aber durch die Verhaftung daran verhindert worden. Auf das bestimmteste leugnet Meyer, den Mord verübt zu haben.

**Rostock.** Explosion. Bei der Sonntag morgen in der Wohnung des Pyrotechnikers Diederichs erfolgten Explosion von Feuerwerkskörpern ist dem Besitzer die linke Hand zerfleischt worden, so daß sie amputiert werden mußte. Ferner hat der bedauernswerte Mann Verletzungen im Gesicht und anderen Stellen des Körpers davongetragen. Bei der Explosion sind zwei Wände eingestürzt und die Fenster des Zimmers zertrümmert worden. Wie verlautet, ist von der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung des Vorfalles eingeleitet worden.

**Bremerhaven.** Eine hübsche Submissionsblüte hat die Ausschreibung der Ramm- und Zimmerarbeiten für die Herstellung des Pfahlrostes für die Ufermauern beim Kaiserhafen-Erweiterungsbau ergeben. Zwei Berliner Firmen fordern 351 109 Mk. resp. 334 943 Mk. Dann bewegen sich die Angebote abwärts bis zu 65 580 Mark. — Uns ist es zweifelhaft, ob der Auftraggeber oder die Arbeiter am meisten ausgebeutet werden sollten?!

## Letzte Nachrichten.

**Allenstein.** Die „Allensteiner Zeitung" meldet, daß in dem zur Kaserne des 73. Artillerieregiments gehörigen Fahrzeughause am Montag gegen Abend aus bisher unaufgeklärter Ursache eine Explosion mehrerer Artilleriegeschosse erfolgte. Zwei Artilleristen wurden schwer, ein Unteroffizier und ein von ihm begleiteter Arrestant, die an dem Schuppen vorübergingen, leicht verletzt.

**Kattowitz.** Der Maurer Franz Bielau in Nikolai erstickte in einem großen Heuhaufen, wo er geschlafen hatte. Ein anderer Mann, der dort schlief, war infolge des Heudustes in eine tiefe Ohnmacht gesunken; die bei ihm angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

**Breslau.** Die „Breslauer Zeitung" meldet, daß in dem bei Kreuzburg gelegenen Orte Bankau der Gastwirt Karaus und dessen Frau ermordet aufgefunden wurden. Es liegt Raubmord vor. Die Mörder, die noch unbekannt sind, rechneten offenbar auf einen größeren Geldbetrag, da in dem Gasthause am Tage vorher eine silberne Hochzeit gefeiert worden war.

**Essen.** Im benachbarten Steele schossen bei einem Streit zwei Bergleute in eine Menschenansammlung. Ein Knabe wurde getötet, ein älterer Mann lebensgefährlich verletzt.

**Hörde.** Wie das „Hörder Volksblatt" meldet, stieß auf der Hochbahn des Hörder Bergwerk- und Hüttenvereins infolge falschen Signals ein sogenannter Eliaswagen, der flüssiges Eisen von den Hochöfen nach der Hermannshütte schaffte, mit einer Lokomotive zusammen. Der Ingenieur Kutschbach wurde schwer verbrannt, sodaß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Lokomotivheizer erlitt einen Beinbruch, eine dritte Person wurde leichter verletzt. Der Betrieb ist nicht gestört.

**Linden a. d. Ruhr.** Auf der Zeche „Baakermulde" gerieten Bergleute unter herunterbrechende Kohlen. Bis jetzt wurden zwei Bergleute schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert.

**Elberfeld.** Das Schwurgericht verurteilte den städtischen Oberassistenten Fuhrmann wegen gemeinschaftlich mit der jetzt verstorbenen Ehefrau des Wirtes Göbel versuchten Giftmordes an dem Ehemann der Göbel zu vierzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

### Literarisches.

**Von der „Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 39 Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Modernes Kaufgewerbe und Volkswirtschaft. Von Hermann Wendel. — Die Eisenbahnfrage in den Vereinigten Staaten. Von Lapis. (Schluß) — Olav Kringen und die norwegische Königswahl. Von Wilhelm Janssen. — Vulkanisches. Von Fritz Haubert (Stettin.) — Erziehungsfragen. Von E. Rieger. — Literarische Rundschau: Eliza Ichenhäuser, Das Frauenwahlrecht. Von Therese Schlesinger-Eckstein. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3 25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 26. Juni 1906

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 2350 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine: schwere 64 Mk., leichte 67—68 Mk. Sauen 56-61 Mk. und Ferkel 62—66 Mk. pro 100 Pfund.

---

**Georg Reisberger**
**Dora Reisberger**
geb. Kröger
**Vermählte.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich. D. O

---

Heute morgen entschlief sanft nach längerem Kranksein unsere liebe Mutter-, Schwieger- und Großmutter, die Witwe

**Wilhelmine Gressmann**
**geb. Rudolph**

im 72. Lebensjahre.

Tief betrauert von ihren Kindern und allen Angehörigen.

**Heinr. Gressmann** und Frau geb. Minckin.
**Matthäus Gressmann** u. Frau geb. Wesenberg.
**Herm. Gressmann** und Frau geb. Peters.

Beerdigung am Sonnabend, den 30 Juni, vormittags 10½ Uhr von der Kapelle (Burgtor) aus. Trauerfeier 10¼ Uhr.

---

**Gesucht eine Zwei- ev. Dreizimmerwohnung** im Preise von 180—200 Mk, vorm Tor bevorzugt.
Ang. u. **M 6** an die Exped. d. Bl.

---

Unserm Freund **Hans** zu seinem am heutigen Mittwoch stattfindenden Geburtstag ein donnerndes Hoch. Das hast Du dir wohl nicht geahnt.

---

**Eine kleine Wohnung zu verm.**
an eine alleinstehende Frau
Hundestraße 32.

---

Gesucht noch einige Mädchen und Frauen zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei sowie Musterzeichnen und Zuschneiden.
Percevalstraße 51, II., Hüxtertor.

---

Zu vermieten zum 1. Oktober **1. Etage,** drei Zimmer und Zubehör, im Preise von 250 Mk.
Gloxinstraße 5 a.

---

**Ferkel**
**zu verkaufen**
**Chaisotstraße 17, part.**

---

**Abhanden gekommen** am Montagabend im Zirkus Althoff ein **Regenschirm.** Abzugeben gegen Belohnung **G. Ludolph**
Moriental, Stockelsdorf.

---

**Dr. Thompson's Seifenpulver**
Marke Schwan
gibt
**Schneeweisse Wäsche**
**ohne Bleiche.**
Zu haben in allen besseren Geschäften.

---

**Eine junge Arbeiterin**
**gesucht.** Fünfhausen 17—19.

---

**Zu kaufen gesucht eine Lübsche oder deutsche Fahne,** 1½ bis 2 Meter lang.
Näheres Gr Gröpelgrube 30.

---

**Altertümlicher Spiegelrahmen**
zu verkaufen. Marlistraße 53.

---

Zu verkaufen **1 Tisch und ein Paar lange Stiefel.** Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

---

Einige **Hosen** und zwei wenig getragene **Herren-Anzüge,** mittlere Figur, billig zu verkaufen. Dornestraße 8.

---

Wegen Platzmangel **ein gut erhaltenes Sofa** (rotbraun) billig zu verkaufen.
Gr. Gröpelgrube 22/4.

---

Empfehle mich als **Schneiderin im Hause.**
Pelzerstraße 6, Hinterh.

---

**Empfehlungs-Karten**
liefert prompt und sauber
**Die Druckerei des Lüb. Volksboten.**

# Bazar für Gelegenheitskäufe.

## Heute Donnerstag, morgens 10 Uhr:

# Eröffnung.

So lange der Vorrat reicht empfehle:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Blusen | von Mk. 0.95 an. | Staubmäntel | von Mk. 5.— an. |
| Piqué-Waschröcke | - - 2.50 - | Damen-Paletots | - - 6.— - |
| Sport-Röcke | - - 3.— - | Damen-Haveloks | - - 8.— - |
| Jacketts | - - 4.— - | u. s. w. | u. s. w. |

## Bazar für Gelegenheitskäufe in Damen-Konfektion.

## Hüxstraße 79.

---

# Sarg-Magazin

Grösstes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise

Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 11 a.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

---

**Ein gut erhaltenes Segelboot,**
segelfertig, sehr billig zu verkaufen.
Zu melden Steinstraße 9, 1.

---

**Zu verkaufen Magnum bonum**
Faß 30 Pfg.
Warendorpstraße 1.

---

**Ein guterhaltenes Fahrrad**
Marke Dürkop, Freilauf-Rücktritt, zu verkaufen.
Ernestinenstraße 16 a

---

# Carl Folkers

**Möbel-Magazin**

**25 Marlesgrube 25.**

**Vollständige Wohnungseinrichtungen.**

**Selbstgefertigte Arbeiten.**

**Größte Auswahl.**

**Billigste Preise.**

**Weitgehendste Garantie.**

**Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.**

**Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.**

Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

---

lebendfrischer

**Seelachs 15 Pfg.**

Kochbuch gratis!

**Neue Sommerfang-**
Heringe 4 Stück 15 Pfg.

**Pa. fette Matjes 10 Pf.**

**Fischhalle „Hansa",**
Telephon 1869. Fünfhausen 33.

---

Hierdurch die Mitteilung, daß am heutigen Tage

# die Kantine

**beim neuen Bahnhof eröffnet wird**

und bitte alle Freunde und Bekannte, insbesondere die Handwerker und Arbeiter beim Bau des neuen Bahnhofsgebäudes, mich gefälligst unterstützen zu wollen.

Für gute kalte Speisen und Getränke wird bestens gesorgt.

Hochachtungsvoll

**Hans Lüth.**

---

**5** Pfg. pro Pfund an aufwärts zahle für

**Hausstands- und Landlampen.**
Alfstraße 37.

---

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen.

**Grimm's**
feinst. Doppelkümmel, Krummesser, Buntekuh-Kümmel
empfiehlt zu billigsten Preisen.

**Carl Grimm**
Wein- u. Spirituosenhandlung.
Rosenstraße 10. Fernruf 1811.

---

**Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler usw.**

**Mitgliederversammlung**
Donnerstag den 28. Juni 1906
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
Wahl der Lokalverwaltung.

Die Lokalverwaltung.

---

**Lübeck. Tiergarten, Arnimstr.**

Donnerstag den 28. Juni 1906:

**Bunter Abend**

veranstaltet von ehem. Mitgliedern des Stadthallentheaters.
Zur Aufführung kommen:
**Lieder, Duette, Rezitationen,** sowie **der einaktige Schwank „Kurier!".**
**Anschließend Tanzkränzchen.**
NB. Meist neues Programm.
Mitwirkende: 6 Personen. Anfang 8¼ Uhr.
Programmschluß 10½ Uhr.
Preise der Plätze: 1. Pl. 30, 2. Pl. 20 Pf.
Militär ohne Charge u. Kinder die Hälfte
Vorverkauf von Dienstag an bei Grammerstorf, Gastwirt Callsen und Ditz. Progr. a. d. Abendkasse ab 7¼ Uhr Um geneigten Zuspruch bitten Die Obengenannten.

---

# Universum

Die

**lustigen Wiener.**

**Wer lachen will, versäume nicht, zu kommen.**

**L. Puls.**

---

# Zirkus-Arena

**F. Riechert, Burgfeld.**

Heute Mittwoch abend 8 Uhr:

**Große humoristische Vorstellung**
mit der urkomischen Pantomime
**In der Räuberherberge.**
Zu zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst ein
Die Direktion.

---

**Schöne Kränze**
von 50 Pfg. an
A. Bühse, Ludwigstr. 72, Ecke Brolingstr.

---

**Hansa-Theater**

Heute
Donnerstag den 28. Juni 1906:

**Vorletzter Tag!**

Zum letzten male

# Tönnes & Co.

verbunden mit

**Benefize für Frau und Herrn Dir. Baum.**

Morgen
Freitag den 29. Juni 1906:

**Abschieds-Vorstellung.**

**„Das rote Julchen".**

**Alles übrige wie bekannt.**

---

**Wilhelm-Theater.**

Des sensationellen Erfolges wegen
**Donnerstag den 28. Juni. 8 Uhr.**
**Eine Hochzeitsnacht.**
Schwank in 3 Akten von Feroul u. Barre.
Durchschlagender Lacherfolg.
In **Paris, Berlin, Hamburg** über 1000 Mal zur Aufführung gelangt.
**Freitag: Hille Bobbe.**
Vorverkauf bei F. W. Kaibel, O. Borchert, Breitestr. u. Drefalt, Sandstr. Dutzendbill. sind nur an der Theaterkasse zu haben.
Ab 9 Uhr **Schnittbilletts.**

---

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 147. Donnerstag, den 28. Juni 1906. 13. Jahrgang.

## Aerzte und Arbeiterversicherung.

In Halle hat am 22. Juni der Deutsche Aerztetag unter starker Beteiligung (300 Aerzte) stattgefunden. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung lautete: Forderungen und Vorschläge der Aerzte zur Abänderung der deutschen Arbeiter-Versicherungsgesetze. Darüber referierte der Hofrat Dr. Pfeiffer in Weimar. Leider blieben seine Ausführungen vollständig unverständlich. Nach den Leitsätzen hat er folgende Forderungen geltend gemacht: Die Verschmelzung der drei Versicherungsgesetze ist nicht dringlich, nicht ratsam und teils gar nicht durchführbar. Am dringlichsten sei eine Reform des Krankenkassen-Versicherungs-Gesetzes nach folgenden Punkten: Territoriale Zusammenlegung der bestehenden Krankenkassen — Erweiterung der Versicherungspflicht zum Umfange der Versicherung zur Invaliditätsversicherung. — Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mark sollen keinen Anspruch auf freie ärztliche Behandlung haben. Die Beiträge seien nach Prozenten des wirklichen Arbeitsverdienstes (Individuallohnes) zu erheben. — Die Bureaubeamten der Krankenkassen haben den Befähigungsnachweis verwaltungstechnischer Ausbildung zu bringen. Der ärztliche Dienst erfolgt auf dem Boden der organisierten freien Arztwahl, entsprechend den Beschlüssen des Königsberger Aerztetages. Die in den Thesen gegebenen Grundzüge für die Mitarbeit der Aerzte an der Abänderung der drei großen Versicherungsgesetze verlangen eine stärkere Beteiligung der Aerzte an der sozialen Gesetzgebung, besonders nach der Richtung hin, daß in Zukunft eine auf Erfahrung gestützte ärztliche Kritik rechtzeitig an den vielen neuen Fürsorgebestrebungen zur Geltung kommen kann.

Anträge der Berliner Aerzte verlangen freie Arztwahl bei Unfällen und gesetzliche Regelung der ärztlichen Stellung bei den Krankenkassen. Ein Antrag, der Aerztetag bedauert, daß einige Aerzte sich bereit erklärt haben, gesperrten Krankenkassen zu dienen; das Verhalten solcher Aerzte sei unkollegial, wurde angenommen. Ueber die oben erwähnten vorgeschlagenen Leitsätze über die Reform der Arbeiterversicherung waren die Meinungen geteilt. Die Vorschläge schienen den meisten nicht scharf genug . . . Wie die Scharfmacher unter den Aerzten darüber urteilten, offenbarte der bekannte Dr. Götz aus Leipzig, der die Aerztebewegung durch den Ausspruch: Geld, Geld ist die Hauptsache, diskreditiert hat. Dieser Herr bedauerte, daß der Referent, Hofrat Dr. Pfeiffer, gesagt habe, wir müssen auch für die Arbeiter etwas tun, und nicht so viel für die Aerzte. Der Referent hat aber mehr für die Interessen der Arbeiter als für die Interessen der Aerzte geboten. Wenn wir uns, so führte Dr. Götz weiter aus, aber als Gewerkschaft fühlen, dann können die „Herren Arbeiter" doch nicht verlangen, daß wir für ihre Gewerkschaft arbeiten. Man will auch die Dienstmädchen mit in die Versicherungspflicht einziehen. Sollen die Dienstmädchen auch noch ihren Tag abhalten und ihre Forderungen gegen die Aerzte geltend machen? (Rufe: Schluß! Schluß!) Redner (fortfahrend): Meine Herren, das Hemde der Aerzte liegt uns näher als der Rock der „Herren Arbeiter".

Ein Teil der Aerzte scheint von diesen unverblümten Scharfmachertönen unangenehm berührt worden zu sein. Einige äußern sich in der Debatte mehr oder weniger scharf gegen den Dr. Götz. Schließlich wird die Tagesordnung durch Annahme folgender Resolution für erledigt erklärt: „Der 34. Deutsche Aerztetag bekennt auf den in Königsberg und Rostock gefaßten Beschlüssen und erklärt sich mit dem Referate insofern einverstanden, als sie in ihm die Grundlage für ein weiteres Vorgehen erblickt, ohne im einzelnen der Beschlußfassung weiterer Aerztetage vorzugreifen."

In einem Referate des Professors Dr. Löbker in Bochum über die Beziehungen der Aerzte zu den Krankenkassen wurden die verschiedenen Aerztestreiks berührt und betont: Die Aerzte hätten mehrfach das Joch der Kassenvorstände abschütteln müssen. Sie hätten aber stets nur im Verteidigungskampfe gestanden. Die Aerzte würden auch in Zukunft ihre Rechte nach allen Richtungen wahrnehmen. Sodann behauptet der Redner, der Krankenkassentag in Leipzig hätte unter sozialdemokratischer Leitung gestanden.

Das waren ebenfalls Scharfmachertöne, die wir aber von dieser Stelle aus längst gewöhnt sind. Eine Nachprüfung vertragen die aufgestellten Behauptungen allerdings nicht. Es ist eine gar nicht zu bestreitende Tatsache, daß in allen Aerztestreiks die Aerzte die Angreifer waren. Wie kann man da behaupten, sie hätten stets im Verteidigungskampfe gestanden. Indes, die Aerztekämpfe haben ja schon mehrfach offenbart, daß es die Herren Verbandsärzte mit ihren Behauptungen nicht immer besonders genau nehmen.

## Sociales und Sonstiges.

**Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben.** Die Schmiede der Maschinenfabrik von Rudolf Sack in Leipzig-Plagwitz streiken; dergleichen 60 Schlosser derselben Fabrik. — Die Zimmerer in Leipzig lehnten den neuen Tarif mit 63 bezw. 65 Pf. Stundenlohn ab und fordern einen höheren Lohn. Da die Maurer und Bauhilfsarbeiter mit den Zimmerern solidarisch sind, ist ein Streik im ganzen Baugewerbe nicht unwahrscheinlich. Es würden 10 000 Mann an dem Ausstand teilnehmen. — Von den 200 streikenden Straßenbahnern in Dortmund sind 60 Mann nicht wieder angestellt worden. Warum nicht? Weil einzelne derselben während des Streiks den Direktor nicht gegrüßt oder sich von Anfang an unzufrieden gezeigt haben sollen. Das nennt man in Dortmund Sozialpolitik der Stadtverwaltung.

**Zur Aussperrung im Lithographiegewerbe** Die „Berliner Volkszeitung" bringt in ihrer Nummer vom 23. Juni einen Leitartikel, der sich mit der gegenwärtig in einem harten Kampfe stehenden Organisation der Lithographen und Steindrucker, dem „Deutschen Senefelderbunde", beschäftigt. Er führt den Untertitel: „Ein Wort zur Aufklärung", trotzdem in ihm die schon zehnmal widerlegten Lügen über die Vergewaltigung der Mitglieder des alten Senefelderbundes durch dessen Verschmelzung mit dem früheren „Verein der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe", sowie die gerade in letzter Zeit mehrfach zurückgewiesenen Unwahrheiten über das Wesen der gegen den Bund erlassenen gerichtlichen Verfügung noch einmal aufgewärmt sind. Der Zweck des Artikels, den in den Kampf gedrängten ausgesperrten Lithographen und Steindruckern zugunsten des ihnen gegenüberstehenden Unternehmertums Knüppel zwischen die Beine zu werfen, ist für jeden denkenden Arbeiter so klar ersichtlich, daß es sich überflüssig macht, ausführlich auf ihn einzugehen und alle Lügen noch einmal richtigzustellen. Wir beschränken uns daher auf die kurze Anführung folgender Tatsachen: Die Verschmelzung erfolgte in durchaus einwandfreier Weise durch Mehrheitsbeschluß, der für alle auf demokratischer Grundlage basierenden Körperschaften maßgebend ist. Auf der Berliner Generalversammlung des Senefelderbundes im Frühjahr 1905 wurde mit 42 gegen drei Stimmen der Ausbau des Bundes zu einer freien Gewerkschaft beschlossen, worauf der Verband der Lithographen und Steindrucker mit allen seinen Mitgliedern zu dem neuen Senefelderbund übertrat. Eine kleine Gruppe alter Bundesmitglieder, unter ihnen zahlreiche Oberdrucker, Oberlithographen, Prinzipale usw., unterordnete sich diesem Mehrheitsbeschluß nicht, sondern beauftragte 31 Herren mit der Führung einer Klage gegen den neuen Senefelderbund, mit deren Begründung das rote Gespenst den Richtern recht gruselig vor Augen gemalt wurde. Der Bund wurde denn auch in erster und zweiter Instanz durch das Landes- und Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. verurteilt, was sich nur daraus erklärt, daß der Prozeß durch den Vertreter der Kläger, Justizrat Wertheim, zu einem politischen Tendenzprozeß gemacht worden ist. Da durch die Berufung an das Reichsgericht das Urteil noch nicht rechtskräftig wurde, setzte man der Wühlerei gegen die neue Organisation der Lithographen und Steindrucker durch die Erwirkung einer Verfügung die Krone auf, die dem Bundeshauptvorstand jede gewerkschaftliche Tätigkeit, die Verwendung der Gelder für Streik- und Aussperrungsunterstützungen und den Ausschluß von Streikbrechern bei einer Strafe von 1500 Mk. oder sechs Wochen Haft untersagt. Diese Verfügung kam am 1. Juni heraus. Am 2. begannen die Aussperrungen. Ein einziger Schrei der Entrüstung durchhallte die deutsche Gehilfenschaft des Lithographiegewerbes ob des Streiches, den ihr eine winzige Gruppe von Nichtkollegen zugunsten der Unternehmer, die die Verfügung sofort in der weitgehendsten Weise, allerdings ohne Erfolg, ausnutzten, spielen konnte. Als die 31 Kläger sahen, wie ihr Heldenstück eingeschätzt wird, gaben sie großmütig die Gewerkschaftskasse frei. Abgesehen davon, daß sie hierzu gar nicht mehr die Macht haben, ist durch die „Freigabe" gar nichts gebessert, da die Liquidationskommission des alten Verbandes angesichts der Unsicherheit der Sachlage und der Streiche, die der Organisation gespielt worden sind und noch gespielt werden können, nicht liquidieren kann, wenn sie die Organisation den skrupellosen Gegnern nicht völlig preisgeben will. Das Gewerkschaftsvermögen bleibt also trotz aller gegenteiligen Behauptungen der „Volkszeitung" und ihrer Hintermänner der gegenwärtigen Lohnbewegung entzogen. Die deutsche Arbeiterschaft hat durch die ausgeschriebenen Sammlungen den Lithographen und Steindruckern den Streich, der ihnen durch eine winzige Gehilfengruppe gespielt werden konnte, pariieren helfen. Die Hoffnung der Unternehmer, die kämpfende Gehilfenschaft werde sich ihr durch die Verfügung auf Gnade und Ungnade ergeben müssen, wurde dadurch zunichte gemacht. Nun erblicken die Unternehmer durch Ausstreuung solcher Unwahrheiten, wie sie der „Volkszeitungs"-Artikel enthält, ihr letztes Rettungsmittel. Sie hoffen, die Arbeiterschaft werde sich dadurch zur Einstellung der Sammlungen veranlaßt sehen. Darin haben sich die Herren gründlich getäuscht! Die Arbeiterschaft durchschaut ihr Spiel und sie wird nur um so opferfreudiger tatkräftig an der Seite der Ausgesperrten gegen das Unternehmertum einstehen!

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Gegen den Redakteur der „Arbeiterstimme" in Solingen wurde Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben, weil er aus der „Rhein. Westfäl. Zeitung" den seinerzeit beschlagnahmten Artikel über den Dreibund nachgedruckt hatte.

**Aus der Partei in den Vereinigten Staaten.** Vermittelungsversuche zwischen den beiden Richtungen der amerikanischen Sozialdemokratie wurden letzthin wieder vielfach gemacht. Die kommenden Herbstwahlen haben es vielen Genossen als nicht nur wünschenswert, sondern als wichtig und dringend notwendig erscheinen lassen, daß nicht zwei sozialdemokratische Kandidatenlisten den Wählern präsentiert werden. In mehreren Staaten kam auf den Parteitagen

## Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

(45. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und sie bewegt sich doch! So wenig wir den Baum wachsen sehen können, der endlich doch vor uns prangt in imponierender Größe und Schönheit, so wenig vermögen wir die stille Arbeit der Entwicklung zu belauschen, das geheimnisvolle Weben der Zeit und des Fortschritts. Revolution und Reaktion wachsen unaufhörlich, aber das ganze ist Evolution, und ob auch der ausgestreute Samen für unsere sterblichen Augen auf steinigen Boden fällt, so faßt er doch, bald hier, bald dort, unvermerkt Wurzel, treibt hier einen Halm empor, dort eine Blüte, und ob auch für den Maßstab einer Generation die Pflanzung nicht größer geworden ist, so fällt doch nach tausend Generationen der Blick mit Bewunderung auf das fertige Feld, dessen Halme in üppiger Fülle zum Lichte aufschießen und dessen Blüten ihren Duft herrlich mit einander vermischen.

---

Jetzt freilich triumphiert Mr. Low! Stolz strahlt sein Auge, seine Hand breitet sich über viele, in seine Kasse fließen die Opfer des Irrwahns.

Katie Hyde, die schmächtige, schwächliche, reizbare Katie Hyde, sieht sich dem Ziele ihres unersättlichen Ehrgeizes genähert und dieses Bewußtsein stärkt sie mit Riesenkraft. Sie scheint so empfindlich gegen alle äußeren Auszeichnungen, gegen Ruhm, Ehre, Schmeichelei und Rang, wie sie unempfänglich ist für alle Freuden des Magens und des Geldbeutels, aber im Innern fühlt sie die ganze Erhabenheit ihrer Stellung und die Halluzination ihrer Sendung gewinnt täglich an Macht und Umfang. Sie scheint dem keuschen Eis an Kälte vergleichbar, unberührt von allen Reizungen der Sinnlichkeit, aber im Busen glüht ein Vulkan, der ein dämonisches Feuer auswirft, das sie selbst und alles was in ihre Nähe kommt, zu verzehren droht.

Ist Miß Hyde glücklich? Nach ihrer Art gewiß, obwohl sie kaum lächelt und ihren Leib nur noch mehr kasteit als sonst. Mr. Low ist es sicherlich, er blüht täglich mehr auf und sein imponierender Körper läßt eine glatte, angespannte Haut sehen. Schon ist der Plan aufgetaucht, einen eigenen Tempel für die Brüder der Liebe zu errichten. Beiträge werden zu diesem Zwecke gesammelt und Zeichnungen entgegengenommen von Bankdirektor Wolfert, Fabrikant Prutz und Mr. Low. An der Spitze der Listen paradiert Frau Baronin Eugenie von Tillo mit einer namhaften Summe. Die Baronin ist eine der eifrigsten Besucherinnen der spiritistischen Seancen und Soireen, welche Mr. Low und Katie Hyde veranstalten, sowie der allgemeinen Versammlungen, in denen die Prophetin — immer mit Allan als Dolmetscher — die Geschichte und die Zwecke ihrer Sendung enthüllt!

Oftmals verfällt die Prophetin im Anschluß an diese in ihren somnambulistisch-hypnotischen Zustand oder läßt sich durch Mr. Low in solchen versetzen, dann strömen die Gläubigen in Menge herbei, um der Hellseherin Fragen zu stellen, die ihr von ihrem „geistigen Gatten" vorgelegt und von ihr beantwortet werden. Auf diese Weise heilt sie Kranke, erteilt Ratschläge, tröstet Gedrückte, und man erzählt sich Wunderdinge von der Wirkung ihrer Rezepte und dem geheimnisvollen Wissen und Können, das sie an den Tag gelegt.

Unter den Andächtigen, welche die berühmten Medien um sich versammeln, befand sich kurze Zeit hindurch auch unser neuer bekannter, Dr. Felix Müller. Ob er freilich den Gläubigen oder nur den Forschenden beizuzählen war, verriet sich dem Beobachter nicht, sein Verhalten widersprach weder der einen noch der andern Deutung. Ununterbrochen ruhten seine Augen entweder auf Katie oder dem Amerikaner, jeder ihrer Bewegungen folgte er mit wahrhaft verschlingenden Blicken. Seine Anwesenheit erregte einiges Aufsehen, weil man die Charakterspezies, der Dr. Felix Müller angehörte, unter dem Publikum der Sibylle sonst nicht vertreten sah. Mr. Low versuchte es einigemale, ihn ins Gespräch zu ziehen, da er von der Kleidung des Fremden auf für seine Gründung vorteilhafte Verhältnisse schloß. Der Besucher zeigte sich jedoch als ein wortkarger und ziemlich übellaunischer Gesell, und besaß offenbar keine Neigung, sich für den engeren Kreis der Bevorzugten, die den besonders hervorragenden und bemerkenswerten spiritistischen Darbietungen der Medien in der Regel beiwohnten, anwerben zu lassen.

Eines Tages machte Mr. Low Katie auf den Fremden aufmerksam.

„Siehst Du dort den Dandy, Katie — dort neben der Säule?" fragte er sie in arabischer Sprache.

„Gewiß, er ist schon einigemale hier gewesen, er scheint sich lebhaft für unsre Sache zu interessieren."

„Meinst Du?"

„Wir sollten ihn in unsern engeren Zirkel einladen."

„Das habe ich bereits versucht, aber vergeblich."

„Er will nicht?"

„Nein — er antwortete ausweichend und schien überhaupt von der Annäherung nicht angenehm berührt."

„Nun, so laß ihn — wir haben Zuspruch genug."

„Du hast recht und ich würde mich —" Mr. Low hätte beinahe gesagt: „Den Teufel um ihn scheren," besann sich aber noch rechtzeitig auf sich selbst und half sich mit: „absolut nicht um ihn bekümmern," worauf er, sich seiner Begleiterin, die neben ihm auf einem Podium hinter einer schwarzbehangenen Rednerbühne saß, mit einem Ausdrucke der Befremdung zuneigend, leiser hinzufügte: „wenn der Bursche mich nicht gestern abend insgeheim verfolgt hätte."

Katie stutzte.

„Warum sollte er das tun?"

der „Sozialistischen Partei“ die Angelegenheit zur Sprache, ohne die gewünschte Erledigung zu finden. In New York, dem wichtigsten Staate, wo die Gegensätze innerhalb der Partei am stärksten sind, wurde ein Versuch auf dem Parteitage abgelehnt und für aussichtslos erklärt, zu einer Einigung zu gelangen. Man wies darauf hin, daß die „Sozialistische Arbeiterpartei“ immer bedeutungsloser geworden sei. Im Jahre 1904 erhielt sie 34 172 Stimmen in den Vereinigten Staaten, während die sozialistische Partei über 430 000 Stimmen auf sich vereinigte. Es handelt sich zwischen den beiden Richtungen um das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften, um das Eigentumsrecht an der Parteipresse und um Methoden der Parteileitung. Das einzige tägliche Parteiblatt in englischer Sprache „Daily People“, welches in den Vereinigten Staaten (in New York) erscheint, gehört der Sozialistischen Arbeiterpartei, dagegen sind die großen deutschen Parteizeitungen, an der Spitze die „New Yorker Volkszeitung“, auf seiten der Sozialistischen Partei. Neue Nahrung hat die Sozialistische Arbeiterpartei erhalten durch ihre Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund „International Workers of the World“, der sich in Gegensatz zu dem großen amerikanischen Arbeiterbund „Federation of Labor“ gestellt hat.

## Aus Nah und Fern.

**Wer ist der Angeklagte?** Ein Doppelleben hat der Tagelöhner Ehrhardt Krug geführt, welcher aus dem Zuchthause der vierten Strafkammer des Landgerichts III. in Berlin vorgeführt wurde. Der Angeklagte ist vielfach wegen Diebstahls, Bettelns und Landstreichens vorbestraft. Im Februar 1898 wurde er von der Strafkammer in Dortmund wegen wiederholten schweren Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe verbüßte K. in dem Zuchthause zu Münster in Westfalen. Am 5. Januar 1901 unternahm der Angeklagte einen Fluchtversuch, der auch von Erfolg begleitet war. Da Krug als „harmloser Gefangener“ galt, wurde er mit Außenarbeiten beschäftigt. Da ihm wegen seiner guten Führung gewisse Freiheiten eingeräumt wurden, gelang es ihm, von einem Neubau, auf dem er arbeiten mußte, zu entfliehen, nachdem er den Aufseher überfallen und geknebelt hatte. Hinter dem entsprungenen Zuchthäusler wurde sofort ein Steckbrief erlassen, der jedoch unerledigt blieb. Der Angeklagte nannte sich von diesem Zeitpunkte an „Tischler und Handelsmann Franz Hager“. Unter diesem Namen führte K. ein richtiges Doppelleben. Es gelang ihm, jahrelang unter diesem Namen sich der Behörde zu entziehen, während er bei seinen in Westfalen ansässigen Verwandten hin und wieder unter seinem richtigen Namen auftauchte. Am 10. November 1904 wurde Krug in Spandau festgenommen, als er, den Revolver in der Hand, einen Einbruch verübte. Unter dem Namen „Franz Hager“ ließ sich K. von der Strafkammer des Landgerichts II zu einer einjährigen Zuchthausstrafe verurteilen, die er in der Strafanstalt zu Brandenburg verbüßte. Im Dezember v. J., bald nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause, wurde Krug bei der Begehung eines neuen Einbruchs in Spandau abgefaßt. In dem dortigen Amtsgefängnis nannte sich der Angeklagte wiederum „Hager“. Zufällig erkannte der Gefängnisinspektor Bebulla in dem Angeklagten die „Nummer 164“ aus dem Zuchthause in Münster wieder. Es wurden weitere Ermittelungen angestellt, die das Doppelleben des K. zur Entdeckung brachten. Trotz der Photographie aus dem Verbrecheralbum und obgleich elf Zeugen den angeblichen Hager als den Tagelöhner Krug rekognoszierten, blieb der Angeklagte dabei, der Tischler H. zu sein. Gegen ihn wurde die vorliegende Anklage wegen intellektueller Urkundenfälschung erhoben, da er vorsätzlich bewirkt hatte, daß ein falscher Name in die Gefangenregister eingetragen wurde. Zu der gestrigen Verhandlung war der Bruder des Angeklagten, Wilhelm K. aus Hammborn in Westfalen, geladen worden, der als Zeuge mit Rücksicht auf sein verwandtschaftliches Verhältnis die Aussage verweigerte. Der Angeklagte erklärte, er kenne den „Mann“ nicht und habe auch nie einen Bruder gehabt. Die beiden Brüder wurden gegenübergestellt. Auch als Wilhelm K. mit Tränen in den Augen seinen Bruder anredete, blieb dieser beharrlich dabei, den „Mann“ gar nicht zu kennen. Durch die Beweisaufnahme, insbesondere durch das Zeugnis der Zuchthausbeamten aus Münster wurde er auf das bestimmteste rekognosziert. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß. — Dafür, daß dem Angeklagten die Möglichkeit erleichtert war, ein neues Leben zu beginnen, ergab die Verhandlung nichts.

**Szenen aus der Tiefe.** Vor dem Schwurgericht in Stendal hatten sich am 20. Juni der Arbeiter Richard Käßner und die unverehelichte Arbeiterin Ida Piper wegen Mordes zu verantworten. Käßner und die Piper kannten sich vor zwei Jahren auf einer Ziegelei im Mecklenburgischen kennen und knüpften ein Liebesverhältnis miteinander an, das nicht ohne Folgen blieb. Sie gaben deshalb ihre Arbeit auf und gingen auf die Wanderschaft. Am 31. Juli wurde das Mädchen im Krankenhaus zu Schönebeck von einem Knaben entbunden. Käßner siedelte inzwischen nach Magdeburg über, stahl hier ein Fahrrad, das er für 5 Mk. versetzte, und zog dann wieder nach Schönebeck. Von hier aus ging er mit dem Mädchen, dem Kinde und noch vier anderen Personen auf die Walze. Sie ernährten sich in der Hauptsache durch Bettel, geschlafen wurde im Freien. Dem Käßner wurde das Kind bald lästig, er schlug das kaum 6 Wochen alte Würmchen und äußerte auch, den Balg totzuschlagen. Am 17. August 1905 reifte in Käßner der Entschluß, das Kind umzubringen. Er ging mit ihm in eine Tannenschonung, faßte es an den Beinen und schlug es mit dem Kopf an einen Baum. Als das Kind trotzdem noch Lebenszeichen von sich gab, steckte er es mit dem Kopf in einen Fuchsbau. Dann verließ er auch die Piper. Diese wurde am 29. August 1905 in Schönebeck verhaftet, als sie sich ein Abgangszeugnis holen wollte und über den Verbleib des Kindes unglaubwürdige Angaben machte. Sie gestand die Tat des Käßner ein, will aber mit der Ermordung nicht einverstanden gewesen sein. Käßner wurde am 22. September in Paunsdorf bei Leipzig verhaftet. Auch er gestand die Untat ein, will aber im Einverständnis mit der Piper gehandelt haben. An der Mordstelle wurden in Gegenwart der Beklagten die Knochenreste des Kindes gefunden und als Ueberführungsmaterial beschlagnahmt. Die Piper, die am 21. November 1884 in Goldberg in Mecklenburg-Schwerin geboren ist, ist nach dem Urteil der Sachverständigen eine schwachsinnige Person und deshalb gegen Beeinflussung nicht widerstandsfähig. Käßner ist am 30. Juli 1869 in Anger bei Leipzig geboren und war bis zum 18. Lebensjahre in Zwangserziehung. Er ist wegen Landstreichens öfter vorbestraft. Er behauptet, aus Not gehandelt zu haben, das Kind habe 5 Tage von Wasser leben müssen. Die Geschworenen sprachen ihn des versuchten Totschlags schuldig und verurteilten ihn zu sieben Jahren vier Monaten Zuchthaus. Die Piper wurde freigesprochen.

**Eine originelle, aber gemeingefährliche Schwindelei** hat der angebliche Mandatur Johannes Freitag, gebürtig aus Köln, von Hannover aus inszeniert. Der bereits in Celle und Hildesheim gewesene und jetzt in Berlin wohnhafte Angeklagte behauptet, ein Patent auf eine Korksohle gegen Plattfüße zu besitzen; vorzeigen konnte er dies Patent nicht. Mit diesem angeblichen Patent hat er folgende Gaunereien ausgeführt: Er hat an zahlreiche in der Provinz wohnhafte Schuhmachermeister ein Geschreibsel unter Nachnahme versandt, nach dem der betreffende Schuhmacher den Vertrieb der angeblichen patentierten Sohle für sich und seine Erben übertragen erhielt. Die Nachnahme lautete über 1,75 Mark. Auf dem Kuvert stand oben Absender: Gerichtsv. Freitag in Hannover, und unten links Inhalt: Uebertragungsurkunde mit Erbschein. Durch die Bezeichnung „Gerichtsv.“ erweckte der schlaue Schwindler den Eindruck, als sei ein Gerichtsvollzieher Absender und er hatte ganz richtig kalkuliert, daß die Leute auf dem Lande aus dem Aufdruck „Uebertragungsurkunde mit Erbschein“ herleiteten, daß der Inhalt der Nachnahmesendung irgend eine überraschende Mitteilung von einer Erbschaft enthalten würde. Das Schöffengericht Hannover verurteilte den Schwindler wegen Betrugs zu 5 Monaten Gefängnis.

**Ein Kulturbild aus dem 20. Jahrhundert** entrollte eine Verhandlung gegen den Dienstknecht Jakob Anzinger von Unterschweinbach vor dem Landgerichte München II. Er hatte sich wegen einer Uebertretung der Dienstbotenordnung und eines Vergehens gegen die Religion zu verantworten. Die Anschuldigung ging dahin, „daß er als Dienstbote am 31. März während der Arbeitszeit im Wirtshause zechte, und am Nachmittage des gleichen Tages, der ihm von seinem Dienstherrn zwecks Ablegung der Osterbeichte freigegeben wurde, nicht zur Erfüllung seiner österlichen Pflicht verwendete, sondern im Wirtshause zubrachte und dabei in bezug auf die Beichte äußerte: „Die Kapuziner sind auch keine gescheiten, ich . . . . . aufs Beichten, ich beichte nicht!“ In dieser Aeußerung soll ein Vergehen wider die Religion liegen. Einige Gäste nahmen an der Aeußerung derart Anstoß, daß die frommen Bauern zum Messer gegriffen, um Sühne zu fordern für den beleidigten, allseligmachenden Glauben, wenn nicht ein Gendarm dazu gekommen wäre. Das Landgericht München II verurteilte den Anzinger lediglich wegen groben Unfugs zu 20 Mk. Geldstrafe oder 4 Tagen Haft, und wegen Zechens während der Arbeitszeit zu 10 Mk. oder 2 Tagen Haft!

## Standesamtliche Nachrichten

**vom 17. bis 23. Juni 1906.**

**Geburten.**

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters

11. Juni. Brothändler H. F. J. Schwarz. 12. Arbeiter F. H. C. Lehmitz (Vorwerk). 13. Tuchbereiter J. H. Kolz. 14. Straßenbahnführer K. F. H. S. Martens. 16. Maurermeister H. J. H. Mett. Buchhalter A. H. F. Niendorf. Schneider G. E. C. Sternbeck. 17. Arbeiter H. A. C. Fischer. 19. Heizer H. F. Braasch. Kaufmann H. W. E. Lindenberg. Arbeiter G. H. W. Voss. 20. Schlossermeister H. W. J. Gercken. Arbeiter A. L. C. Rings. Arbeiter C. F. J. Schröder. 21. Bäcker O. M. K. Siewert. 22. Straßenreiniger G. J. H. Plath.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

12. Juni. Friseur C. J. J. Lüth. 14. Kanzlist H. Schönfelder. Tischler W. H. D. Thiede. 15. Versicherungsbeamter F. B. H. Wilke. 17. Schuhmacher M. C. F. Bath. Stellmacher W. J. H. J. Witt. Oberlehrer Dr. phil. K. J. Gaul. Klempner G. W. Petereit. Straßenbahnführer J. F. C. Busch. Arbeiter F. H. Westphal. 18. Handlungsgehilfe E. F. Metscher. 19. Klempner E. J. H. Rohwedder. Dachdecker H. F. F. C. T. Mesnikoff. Schmied W. K. F. Vendt. 20. Maurer C. A. F. Schulz. Arbeiter F. C. C. Karstens (Zwillinge). Holländer R. Jörg. 21. Arbeiter J. F. Lüdeke. 22. Bahnarbeiter F. C. W. Steffen.

**Sterbefälle.**

16. Juni. Ingenieur C. Bernhardt, 61 J. H. J. W. Steinfeldt, 5 T. 17. A. C. A. Rambow, 1 J. 8 M. F. H. W. Spiegel, 2 M. 18. Rettungshausvater a. D. F. C. H. Lichtwark, 77 J. S. C. E. geb. Bibow, Ehefrau des Lagermeisters A. F. C. E. Krosch, 45 J. M. D. H. Gösch, 81 J. E. F. J. Nehls, 2 M. 27 T. 19. L. T. J. M. Faasch, 3 M. Kaufmann W. A. H. E. Redelstorff, 32 J. Musiker A. J. J. Pagels, 33 J. F. O. Bahrs, 11 M. A. H. F. Nachow, 7 J. 20. Ein Mädchen 1½ Std. und ein Mädchen 2 Std., V.: Arbeiter F. C. K. Karstens. Maschinenbaugehülfe R. C. M. Brock, 18 J. H. W. G. Mohnke, 6 J. M. D. H. Wortmann, 3 M. 21. Ch. E. H. geb. Carstens, Ehefrau des Gärtners B. H. W. Boy, 32 J. H. H. C. Törper, 3 J. Matrose O. K. A. Papenfuß, 23 J. F. J. D. geb. Wendler, Ehefrau des Gastwirts H. J. H. Blücher, 36 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Arbeiter A. H. Wischendorf. Arbeiter C. H. Chr. Bielefeldt, 65 J. J. C. M. geb. Dröge, Wittwe des Barbiers J. C. R. Kuehn, 67 J. Arbeiter J. J. K. Buschow, 44 J. 22. Th. M. geb. Svensdotter, Ehefrau des Arbeiters H. C. L. Pieptjung, 51 J. 23. Früherer Schiffszimmermann H. H. Richter, 84 Jahre.

**Angeordnete Aufgebote.**

18. Juni. Eisenbahn-Wagenschieber H. Funk und W. M. C. Harms in Menzendorf. Tischler F. C. P. Petersen und L. J. E. Schlichting. Arbeiter H. R. C. Böttcher und B. P. H. Chr. M. Kaufmann. Maler H. H. F. Wiese und L. M. H. Glogner. Zimmermann J. H. F. Haaren und L. C. C. Chr. Zaschenbrecher. Landwirtschaftslehrer J. M. R. Winckler und L. F. Bolten in Synderuphof. 19. Postbote A. F. Kirsch in Hamburg und A. K. M. Wehr in Hamberge. Gärtner G. J. C. Kleinfeldt in Israelsdorf und Chr. A. C. Gerber Bildhauer H. C. L. Geist in Hamburg und E. J. B. Schuldt. 20. Pantinenmacher J. H. F. Dehmne in Celle und J. L. D. Prehn. Arbeiter C. J. M. Raeher und J. D. L. Prüter in Buschmühlen. Arbeiter C. J. Chr. Greve und C. W. E. Schwedt. Tischler E. A. Meier und E. E. R. Barkentien. 21. Kaufmann K. F. Schmahl und D. M. B. A. Kothe in Walsrode. 22. Bootsvermieter C. E. G. Balzer und Wittwe A. W. K. Mathiessen geb. Baasch. Arbeiter J. J. W. Heuser und A. J. M. Rummel. Tapezier und Dekorateur F. C. H. Jürgens und C. D. W. Färber. 23. Schmied F. A. Lifs und E. C. M. Rupnau.

**Eheschließungen.**

20. Juni. Hofmusiker J. F. W. Saggau in Darmstadt und F. A. Küspert. 22. Eisendreher H. W. Th. Stein und A. Ch. W. Hansen. 23. Arbeiter Chr. Clausen und D. C. E. Lindmöller in Moorgarten. Bauführer E. R. Dohm und M. E. D. Dohm. Arbeiter J. H. F. Bohnhof und S. K. E. Dencker.

---

„Ich weiß es nicht, vielleicht“ — er dämpfte seine Stimme noch mehr — „ist es ein Detektiv“.

Katie schüttelte den Kopf. „Dann würde er gewiß auf Dein Anerbieten eingegangen sein. Was gäbe es übrigens bei uns zu spionieren? Wir scheuen die Oeffentlichkeit nicht.“

Der Amerikaner schien hierüber nicht ganz mit ihr derselben Meinung, er murmelte einige seine Bedenklichkeit ausdrückende Worte in seinem rotblonden Vollbart.

Inzwischen hielt er fleißig Seancen mit Professor Simrath ab, der sich der einmal übernommenen Aufgabe mit der ganzen Energie seines ernsten Charakters hingab. Prutz, Doktor Million, Wolfert und andere Nobilitäten der Gemeinde wohnten für gewöhnlich den Sitzungen bei, manchmal auch Katie Hyde sowie die Baronin von Tillo mit ihrer Tochter oder Baron Stephan. Der Professor studierte eifrig sowohl die physikalischen, als die physikalisch-intellektuellen und die rein intellektuellen Phänomene; man ließ Tische sich bewegen oder Tische klopfen, arbeitete mit Planchette und Psychograph, Spuk- und Klopfgeister ließen sich hören, Mr. Low suchte und fand von den Anwesenden in seiner Abwesenheit verborgene Stecknadeln und andere Gegenstände mit verbundenen Augen, von unsichtbarer Hand wurden Gegenstände in den verschlossenen Raum, wo die Seancen stattfanden, geschleudert, die mitten auf den Tisch unter die Anwesenden fielen, so einmal ein Blumenstrauß, ein ander Mal ein Brief, letzteres Experimente, welche die Durchdringlichkeit der Materie beweisen sollten. Mr. Low und der Professor experimentierten, außer ihnen war nur noch Dr. Million anwesend. Alle drei stellten Versuche mit dem Spiritoskop an, durch dessen Vermittelung sie verschiedene Mitteilungen von „Geistern“ bekamen. Eine derselben enthielt den Befehl, sofort eine verschlossene Börse und ein Goldstück in einem auf dem Tische stehenden länglichen Kasten zu legen. Simrath untersuchte den Kasten, konnte aber nichts Verdächtiges an ihm entdecken. Es selbst legte seine eigene Börse hinein und daneben ein Goldstück, worauf er den Kasten verschloß und wieder den Uebrigen zuwandte. Man fuhr fort, den Psychograph zu befragen, auf einmal erhielt die Aufforderung: „Oeffnet den Kasten, es befindet sich eine Ueberraschung darin.“ Als der Professor öffnete, fand er das Goldstück in der verschlossenen Börse liegen.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte der Forscher auch die Versuche über die Bewegungen ohne Berührung, Mr. Low wurde dabei auf das sorgfältigste überwacht, in entscheidenden Momenten ergriffen die neben ihm sitzenden Personen seine Hände oder setzten ihre Füße auf die seinen. Trotzdem bewirkte seine Gegenwart die unglaublichsten Phänomene. Eine unter dem Tische befindliche Harmonika gab Töne und Akkorde von sich, ein zwischen zwei zusammengebundenen Tafeln gelegter Bleistift schrieb die Worte und ganze Sätze auf dieselbe, der Zeiger einer Federwage sank, ohne daß der Amerikaner die Hand daran gebracht hätte. Erstere Phänomene erklärte Low durch die Tätigkeit in seiner Gegenwart anwesender Spirits (Geister), letztere bezeichnete er als eine Wirkung seiner „psychischen Kraft“, doch würde auch diese Manipulation angeblich häufig von den erschienenen Geistern ausgeführt.

Miß Hyde trat als Schreib- und Sprachmedium auf in der Art, wie wir es bereits gesehen haben. Unsichtbare Geister sprachen und schrieben durch sie, nachdem sie entweder von selbst in den Trancezustand verfallen oder von ihrem Gesellschafter in denselben durch Hypnose versetzt worden war, und gaben ihr über das Menschliche hinausgehende Wissen verschiedentlich durch Bekundung von Tatsachen kund, welche Miß Hyde auf gewöhnlichem Wege anscheinend nicht erhalten haben konnte. Freilich gelangen weder die letzteren noch die übrigen Experimente immer, es kam häufig vor, daß die Geister mißwillig oder die Medien nicht disponiert waren, oder daß die augenblicklichen Verhältnisse ihnen entgegen waren. Der Professor zeigte sich jedoch im allgemeinen recht befriedigt und Mr. Low noch befriedigter.

Eines Abends äußerte Professor Simrath, er wünsche nun vor allen Dingen auch die berühmte Telepathie oder Gedankenübertragung, die sogenannte Suggestion mentale oder Fernwirkung kennen zu lernen.

Mr. Low und Mr. Hyde waren sogleich bereit.

Die Seance fand im Hause des Professors selbst statt, es war Abend und das Zimmer mäßig erleuchtet.

„Sorgen Sie für besseres Licht, Herr Professor,“ ordnete der Spiritist lächelnd an „damit Sie hinterher nicht zu behaupten vermögen, daß wir unter dem Schutze der Dämmerung zu irgendwelchen betrügerischen Manipulationen unsere Zuflucht nehmen konnten. Ich möchte Ihnen alle nur denkbare Garantie bieten.“

Daraufhin wurden die beiden Gasflammen weit herausgedreht und noch einige Kerzen gebracht, welche in dem Zimmer verteilt wurden.

Allan Low nahm nun auf einem Stuhle am Fenster Platz, am gegenüberliegenden Ende des Zimmers auf einem anderen Stuhle, das Antlitz ihm zugekehrt, Miß Hyde.

„Ueberzeugen Sie sich vorerst, Herr Professor, daß selbst ein deutliches Geflüster auf diese Entfernung das Ohr der anderen Person nicht zu erreichen vermag.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: John Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.